

# NEUE LUZERNER ZEITUNG



**Arbeitsmarkt** In der Zentralschweiz ist die Zahl der Arbeitslosen deutlich gesunken. **13**

**Dramatisch** Barcelona besiegt Arsenal in einem aufwühlenden Spiel 3:1. Messi erzielt zwei Tore. **35**



## Grandioses Fasnachtsfinale



Mit dem Monstercorso ist die Luzerner Fasnacht 2011 gestern Abend würdig zu Ende gegangen. 35 000 Zuschauer erlebten ein schaurig-schönes Fasnachtsfinale (im Bild die

Chatzemusig). Wir lassen den gestrigen Tag noch einmal so richtig aufleben – und sprechen mit dem ältesten Fasnächtler: Bruder Fritschi. Bild Boris Bürgisser **2, 20 bis 27**

### KOMMENTAR

#### Neue Wege suchen

**A**blasshandel tönt nach Mittelalter und Sünde. In der Klimapolitik will nach dem Nationalrat denn nun auch der Ständerat nichts wissen von einem Handel mit Emissionszertifikaten. Das heisst, die Schweiz muss ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2020 vollständig im Inland um 20 Prozent reduzieren.

Ist dieser Entscheid richtig? Zweifel sind angebracht. Zum einen ist der Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoss in der Schweiz im internationalen Vergleich tief. Das hängt natürlich mit der Wirtschaftsstruktur zusammen: Wir sind eine Dienstleistungsnation. Zum andern können etwa die EU-Länder ihre Reduktionsziele mit Emissionszertifikaten erreichen. Sie dürfen den Klimaschutz im Ausland betreiben, indem sie in Entwicklungsländern zum Beispiel Wasser- statt Kohlekraft fördern.

Den energieintensiven Unternehmen droht damit ein Wettbewerbsnachteil. Zudem hat die Wirtschaft bereits einen Beitrag zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses geleistet – dank einer Steigerung der Energieeffizienz. Das System mit den Emissionszertifikaten ist nicht perfekt. Aber im Ausland lässt sich CO<sub>2</sub> einfacher und kostengünstiger einsparen.

Im Gegensatz zum Nationalrat hat der Ständerat zudem grünes Licht für eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin und Diesel gegeben. Der Bundesrat könnte damit den Benzin- und Dieselpreis massiv erhöhen. Das ist jedoch alles andere als populär. Der Nationalrat lehnte diese Massnahme ab, obwohl auch er die CO<sub>2</sub>-Reduktion ausschliesslich mit Massnahmen im Inland erzielen will. Wie der Ablasshandel zum Mittelalter gehören Widersprüche zur Klimapolitik. Die Politik muss jetzt Wege suchen, wie die Schweiz ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss um einen Fünftel verringern kann – wohl ohne Benzinpreiserhöhung, die kaum politische Mehrheiten findet.

KARI KÄLIN  
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

## Rebellen stellen Gadhafi Ultimatum

**LIBYEN** Gadhafi liess auch gestern die Rebellen aus der Luft angreifen. Nun soll er zum Einlenken gezwungen werden.

sda. Die Aufständischen im Osten Libyens haben Staatschef Muammar el Gadhafi ein Ultimatum von 72 Stunden gestellt, um Angriffe gegen die Zivilbevölkerung zu stoppen und das Land zu verlassen. «Wenn er die Bombardierungen einstellt und das Land innerhalb von 72 Stunden verlässt, werden wir als Libyer davon Abstand nehmen, ihn strafrechtlich zu verfolgen», sagte der Chef der Interimsverwaltung der Gadhafi-Gegner, Mustafa Abdul Dschalil, gestern dem arabischen Fernsehsender el Dschasira. Dschalil war Justizminister in Gadhafis Regie-

rung, wechselte aber nach Ausbruch des Aufstands gegen Gadhafi am 17. Februar auf die Seite der Regimegegner. Die Loyalität im Umfeld des Diktators bröckelt offenbar weiter. Laut Meldungen von gestern haben sich auch Verteidigungsminister Abu Bakr Junis und der Alt-Revolutionär und langjährige Geheimdienstchef Mustafa al-Charubi von Gadhafi abgewendet. Sie stehen unter Hausarrest.

**EU weitet Sanktionen aus**  
Die Europäische Union verschärft derweil ihre Sanktionen gegen Libyen. Die Vertreter der 27 EU-Regierungen einigten sich gestern in Brüssel darauf, das Vermögen einer Reihe von libyschen Finanzunternehmen einzufrieren. Dazu gehört auch der libysche Staatsfonds, der auch in der Schweiz an Firmen beteiligt ist. **7**

## Autofahrer werden zur Kasse gebeten

**BERN** Der Ständerat verschärft die Klimaziele. Die Automobilisten werden dies beim Tanken zu spüren bekommen.

sda. Die Schweiz soll ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss senken, und zwar mit Massnahmen im Inland. Nach dem Nationalrat hat sich gestern auch der Ständerat für eine Reduktion um 20 Prozent bis ins Jahr 2020 ausgesprochen – ohne Kompensation im Ausland.

Anders als der Nationalrat stimmte der Ständerat auch den nötigen Massnahmen zu, um dieses Ziel zu erreichen. So soll der Bundesrat nach dem Willen des Ständerates eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin und Diesel einführen dürfen. Mit 21 zu 16 Stimmen sprach sich der Ständerat dafür aus, in diesem

Punkt dem Bundesrat zu folgen. Der Nationalrat hatte sich gegen eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen ausgesprochen.

#### Rolf Schweigers Warnung

Im Ständerat warnten Wirtschaftsvertreter vergeblich vor den unpopulären Folgen. Der Benzinpreis werde um 28 Rappen pro Liter steigen, sagte Rolf Schweiger (FDP, Zug) – voraussichtlich bereits 2013. Die Mehrheit erachtete dies aber als sinnvoll und nötig.

Trotz des Beschlusses des Ständerates, das Reduktionsziel vollständig durch Massnahmen im Inland zu erreichen, könnte laut Umweltministerin Doris Leuthard aber der Emissionshandel mit dem Ausland am Ende teilweise angerechnet werden. Denn die Schweiz will sich dem Emissionshandel der EU anschliessen.

**Kommentar 5. Spalte**

**5**

### ANZEIGE

**MINERGIE® expo**

10. – 13. März 2011 Messe Luzern

Schweizer Minergie-Messe  
www.minergie-expo.ch



### INHALT

Agenda	38	Gewusst wo	38	Todesanzeigen	10
Fasnacht	ab 20	Immobilienmarkt	8	TV/Radio	37
Forum	12/16	Namen & Notizen	19	Wetter/Ratgeber	32